

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 11 (1991)
Heft: 22

Artikel: Fruchtlos gegenwärtig sein : fünfundfünfzig Jahre Schweizerisches Arbeiterhilfswerk : was ist vom wachen Bewusstsein der Anfänge geblieben?
Autor: Wicki, Maja
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652608>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Maja Wicki

Furchtlos gegenwärtig sein

**Fünfundfünfzig Jahre Schweizerisches Arbeiterhilfswerk:
Was ist vom wachen Bewusstsein der Anfänge geblieben?***

“Das gute Herz allein genügt nicht“, schrieb Regina Kägi-Fuchsmann als Titel über ihre Lebens- und Arbeitserinnerungen, als sie 1968 daran dachte, sich zur Ruhe zu setzen und es dann doch nicht schaffte – “das gute Herz allein hat die Welt noch nie einen Schritt weiter gebracht“. Tun, nicht zuschauen, war ihr Motto gewesen, ihr Leben lang, und diesem Motto gemäss hatte sie 1932 das Sekretariat der Proletarischen Kinderhilfe, der späteren Arbeiterkinderhilfe, übernommen und Kinder aus den krisenbetroffenen Industrieregionen der Ost- und Westschweiz in wohlhabenderen Orten der Schweiz zu Erholungsaufenthalten untergebracht; dann organisierte sie aus der gleichen Notwendigkeit für ganze Eisenbahnzüge voll Kinder aus den völlig verarmten Gegenden Oberösterreichs, später aus den Fabrikvororten von Linz, Wien und Graz Ferienplätze für drei Monate bei Schweizerfamilien.

Während sich anfänglich zu diesen Aktionen einzelne sozialistische Frauenorganisationen unter Regina Kägis Koordination und Leitung zusammengeschlossen hatten, setzte sich bald die Einsicht durch, dass es für die Unterstützungsaufgaben der Arbeiterschaft eines zentralen Hilfswerks bedurfte, zumal mit der wachsenden Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland und mit dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs sich neue dringliche Bedürfnisse ankündigten. So wurde 1936 das Schweizerische Arbeiterhilfswerk gegründet.

“Weil Helfen möglich ist, muss man es tun“, sagte Regina Kägi-Fuchsmann. “Helfen“, allerdings, bedeutete für sie in keiner Weise “Wohltätigkeit“ aus überheblicher Distanz, sondern immer das direkte eigene Engagement, physisch und geistig, und damit die Vernetzung der Verhältnisse der Bedürftigen, der sozial Benachteiligten und politisch Verfolgten mit der eigenen – privilegierten-Situation, aus der heraus materielle Mittel und Mut weiterzugeben moralische Pflicht ist, oder, noch deutlicher, moralischer Vernunft entspricht.

Moralische Vernunft gegen politische Vernunft

Auf den Begriff der “moralischen Vernunft“ möchte ich näher eingehen. Die meisten Begriffe, mit denen wir operieren, darunter vor allem der Solidaritätsbegriff, der sich inhaltlich, wie wir sehen werden, mit dem der mora-

lischen Vernunft deckt, wurden so oft ideologisch missbraucht und kommen daher so abgegriffen daher, dass die Reflexion über die ideellen Grundlagen, über die Zielsetzungen sowie über die konkrete Bedeutung der SAH Arbeit im Inland, im Ausland und im Flüchtlingsdienst begrifflich neu geleistet werden muss.

“Moralische Vernunft“ war, meines Erachtens, die starke Kraft, die die Anfänge der Arbeiterbewegung trug. Sie erwuchs aus der nicht singulären, sondern tausendfachen Erfahrung von Ohnmacht der Besitzlosen und Benachteiligten gegenüber der strukturellen Ungerechtigkeit, die als “politische Vernunft“ deklariert wurde. “Politische Vernunft” sollte in den damals sich konstituierenden Nationalstaaten Ruhe und Ordnung gewährleisten, mithin die Unterdrückung und die Ausbeutung, den Bildungsmangel und die Armut der vielen zur Sicherung der Macht und Herrschaft weniger legitimieren. Während also “politische Vernunft“ das Handeln nach Kriterien der Machterhaltung und der Machtvergrößerung rechtfertigt, begründet “moralische Vernunft“ das Handeln in Hinblick auf mehr Gerechtigkeit.

Die Arbeiterbewegung entstand und wuchs aus der Einsicht, dass Einzelne, die ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen als unzumutbar erlebten, diese nicht ändern konnten, wenn sie sich nicht zugleich für die Veränderung “fremder“ Unrechtsverhältnisse einsetzten, wenn sie nicht das Leiden der Anderen zu ihrem eigenen schlugen und aus dieser Solidarisierung heraus für einen gerechteren Lebensentwurf und damit für die Rechte, für die Würde und Autonomie aller Benachteiligten kämpften. Und so nahmen auch immer schon sozial und politisch privilegierte Frauen und Männer die aus der sozialen Ungerechtigkeit erwachsende Notwendigkeit, die Ursachen dieser Ungerechtigkeit zu analysieren und die unerträglichen Verhältnisse zu verändern, als verpflichtende Verantwortung an. Nicht einfach aus Mitleid, nicht, weil “das gute Herz“ sie dazu bewog, sondern aus Gründen der moralischen Vernunft, nämlich aus der zum – revolutionären – Handeln befähigenden Einsicht, dass die eigenen privilegierten Verhältnisse und das eigene Wohlbefinden brüchig und wertlos sind, wenn anderen Menschen gleichzeitig anderswo in der Welt so unwürdige Lebensbedingungen zugemutet werden, dass diese nicht einmal ihre Grundbedürfnisse befriedigen können. Mit “politischem Moralismus“ oder mit moralisierender Rechthaberei hat moralische Vernunft nichts zu tun.

Die verändernde Kraft der Arbeiterbewegung

Wie hätte in den industrialisierten Ländern die Rebellion und der Kampf der Arbeiterschaft gegen die erdrückenden Unrechtsverhältnisse erfolgreich sein können, wenn sie nicht von der handlungslegitimierenden Kraft der moralischen Vernunft getragen gewesen wären? Wenn sie nicht aus der Gewissheit, auf dem richtigen Weg zur gerechteren Gesellschaft zu sein, eine grosse Furchtlosigkeit geschöpft hätten? Wie wäre, trotz massiver Repression durch die machthabenden bürgerlichen Kreise, trotz Polizei- und Armeeeinsatz die gesetzlich geregelte Begrenzung der Arbeitszeit, die Schaffung

von Unfall- und Arbeitslosenversicherungen, von Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenrenten, das Verbot der Kinderarbeit, die Durchsetzung gesundheitlicher Schutzbestimmungen am Arbeitsplatz, Gesamtarbeitsverträge, die demokratisch angemessene Vertretung der Arbeiterschaft über die SPS und andere Linksparteien in den kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Legislativen und Exekutiven, schliesslich die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern zustande gekommen – wenn auch zum Teil heute noch mangelhaft und unvollkommen – ohne kämpferische Furchtlosigkeit auf der Basis der moralischen Vernunft?

Die Frage, was davon übriggeblieben ist, stellt sich im Arbeiterhilfswerk nicht anders als bei der Sozialdemokratie oder bei den Gewerkschaften. Ebenso die Frage, in welchem Mass das SAH Kompromisse mit der politischen Vernunft, mit der – allein machtpragmatisch bestimmten – Vernunft von “Ruhe und Ordnung“ eingegangen ist, oder, anders gefragt, in welchem Mass das Hilfswerk der Arbeiterschaft die ursprüngliche Idee der sozialistischen Alternative, die Idee einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, noch anstrebt.

Verlust der “sozialistischen Alternative“?

Wir wissen, dass Rosa Luxemburg den Verlust der sozialistischen Alternative mit der Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten am 4. August 1914, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, besiegelt sah. Ihre Trauer und ihr Zorn über diese Zustimmung zum “Aberwitz der verblendeten herrschenden Klasse“, zum Geschäft des “methodischen, organisierten, riesenhaften Mordens“ waren durch keine Gründe der politischen Vernunft, die ihre Parteigenossinnen und -genossen vertraten, zu besänftigen. Zwar war sie überzeugt, dass die Arbeiterklasse stets “ungescheut der Wahrheit, auch der bittersten Selbstbezeichnung ins Antlitz blicken dürfe“, denn “ihre Schwäche“, hielt sie in ihrer optimistischen Geschichtsgläubigkeit fest, sei “nur eine Verirrung“, und die Geschichte werde beweisen, dass der endgültige Sieg der Arbeiterbewegung nicht ausbleiben werde.

Rosa Luxemburgs “Verirrung“ war, das auf Vertrauen gegründete Menschenbild, das für ihr persönliches Denken und ihr politisches Handeln bestimmend war, auch auf die Massen zu übertragen, die sie für die eigentliche “geschichtliche Persönlichkeit“ hielt. Keine fünf Jahre, nachdem sie ihre von Trauer erfüllte Kritik an der Sozialdemokratie und ihren Glauben an die unterdrückten Massen niedergeschrieben hatte, am 5. Januar 1919, wurden sie und Karl Liebknecht von aufgehetzten Soldaten ermordet. Die Masse ist eben keine “Persönlichkeit“, sondern ein aus ungezählten Ängsten zusammengeballtes und bis zur Unerkennbarkeit pervertiertes Kollektiv von Individuen, das im Fühlen und Handeln konform und somit manipulierbar ist. Die Masse denkt nicht.

Rosa Luxemburg ahnte oder wusste, dass mit dem Entscheid vom 4. August 1914 der Verlust der sozialistischen Alternative definitiv war, dass damit die von politischer Vernunft (das heisst vom Wunsch nach der Teilhabe an

Macht) diktierte Zustimmung der Sozialdemokratie auch Zustimmung zu den damals herrschenden Unrechtsverhältnissen bedeutete.

Und heute? Angesichts der nun im Parlament abgeschlossenen Diskussion um den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfond (IWF) sollten wir uns der Trauer Rosa Luxemburgs erinnern. Es mutet schmerzlich an, dass zum Beispiel der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) dem Beitritt zugestimmt hat, ist doch der IWF mit seiner auf quantitatives Wachstum und nicht auf breite, demokratische Verbesserung der Basisbedingungen ausgerichtete Kredit- und Rückzahlungspolitik in erster Linie ein Kontroll- und Abhängigkeitsinstrument der Ersten Welt gegenüber der Dritten Welt. Wie die Auslandabteilung des SAH in einem Grundsatzpapier festhält, laufen die IWF-Programme in den Dritt-Welt-Ländern, in denen SAH-Projekte langfristige Aufbauarbeit bezwecken – zum Beispiel in Mozambique, in Burkina Faso, aber auch in Nicaragua oder in San Salvador – auf eine jedem sozialen Fortschritt entgegengesetzte, auf eine zunehmende Auslandabhängigkeit und wachsende Verelendung der ohnehin Armen hinaus. Das SAH lehnte daher einen Beitritt der Schweiz zum IWF mit guten Gründen ab und ist nach wie vor entschlossen, das Referendum der Entwicklungsorganisationen gegen den Beitritt zu unterstützen, auch wenn das Hilfswerk sich damit in einen klaren Gegensatz zum SGB und zu einem Teil der SPS be-
gibt.

“Bleibt Hoffnung in dieser angsterfüllten Welt?“

Dreizehn Jahre nach Rosa Luxemburgs Ermordung, am Vorabend der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Sommer 1932, schrieb Simone Weil, eine – damals noch – unerbittliche Anarcho-Syndikalistin, angesichts der zunehmenden Schwäche und des Zusammenbruchs der deutschen Arbeiterklasse, die sie während ihres mehrmonatigen Aufenthalts in Berlin nahe beobachtet und als die “reifste, disziplinierteste und kultivierteste der Welt“ bezeichnet hatte, die “einzige subversive Kraft“ sei das Denken. Sie verstand unter “Denken“ das, was sie auch das “wache Bewusstsein“ nannte. Bewusstsein wovon? Zweifelsohne von der handlungsverpflichtenden moralischen Vernunft. Denn im gleichen Zusammenhang schrieb sie, dass Unrechtsverhältnisse allein noch kein revolutionäres Potential schaffen können, wenn das “wache Bewusstsein“ fehle. Gleichzeitig sah sie das Versagen des – bolschewistischen – Staatssozialismus voraus, da dieser keine echte “sozialistische Alternative“ darstelle, sondern, nicht anders als der Kapitalismus, den einzelnen Menschen als Mittel zum Zweck der Produktionssteigerung missbrauche. In beiden Systemen konstituiere sich Herrschaft durch eine Hierarchie von wenigen Befehlenden und vielen Gehorchenden. Auf diese Weise könne keine menschengerechte, sozialistische Gesellschaft entstehen, schrieb sie, hingegen würden sich Bürokratie und Technokratie festigen, das heisst die Herrschaft von Verwaltung und Technik, von Ueberwachung, zunehmender Entmündigung und unmenschlicher Pragmatik, kurz die durchkapitalisierte, “verwaltete und angsterfüllte Welt“, in der wir heute

leben.

Anfang der siebziger Jahre fragte Adorno, ob denn "noch Hoffnung bleibe in dieser verwalteten, angsterfüllten Welt?" Von Hoffnung zu sprechen, macht nur Sinn im Zusammenhang der moralischen Vernunft. Adorno selbst schrieb, dass es etwas "Törichtes und Naives haben mag, mit Vorschlägen hervortreten, wie es besserzumachen ist", angesichts des "bestürzenden Missverhältnisses zwischen der Macht dessen was ist, und der Ohnmacht des Gedankens, der es – nämlich das Bestehende – zu durchdringen versucht". Trotzdem sei wohl die "einzige Forderung, die ohne Unverschämtheit erhoben werden darf, die, dass der ohnmächtige Einzelne durch das Bewusstsein der eigenen Ohnmacht doch seiner selbst mächtig bleibt." Er folgerte, dass "der Satz, dass tausend Augen mehr sähen als zwei, Lüge ist und der genaue Ausdruck jener Fetischisierung von Kollektivität und Organisation, die zu durchbrechen die oberste Verpflichtung von gesellschaftlicher Erkenntnis bildet." So bleibt letztlich auch bei Adorno, nicht anders als bei Simone Weil, der Rekurs auf die subversive Kraft des Denkens als Kraft möglicher Veränderung.

Die Dialektik von Ohnmacht und Macht

Ich meine, dass gerade bei dieser Denkarbeit sich nicht allein Ohnmacht manifestiert, sondern zugleich Macht, die so nur dem denkenden Subjekt zukommt: die handlungsbefähigende Macht der moralischen Vernunft. "Mächtig" ist sie, weil deren Motor die Hoffnung ist, "ohnmächtig", weil sie immer wieder am Anfang ist, weil sie nur in kleinen Schritten Veränderungen zustandebringt. Die Dialektik von Ohnmacht und Macht ist für das Handeln aus moralischer Vernunft unaufhebbar, denn mit dieser unaufhebbaren Dialektik hängt das ständig Gegenwärtige und Dynamische, das Revolutionäre echter sozialistischer Alternative zusammen. Die Aufhebung dieser Dialektik bedeutet Erstarrung. Das erklärt, zum Teil, den Wandel "linker" Bewegungen zu Einparteiendiktaturen.

Kann sich moralische Vernunft nur in Opposition zu machtausübender Herrschaft als gesellschaftsverändernde Kraft in Hinblick auf mehr Gerechtigkeit bewähren? Tatsache ist, dass auch in den Ländern des sogenannten "real existierenden Sozialismus", dessen ökonomischer Bankrott im Lauf der letzten Jahre immer offenkundiger wurde und der sich vor zwei Jahren auf unaufhaltbare Weise beschleunigte, Misstrauen und Angst die Gesellschaft und die Politik beherrschten, nicht anders, als dies in den Ländern des real existierenden Kapitalismus in vielen Belangen der Fall ist. Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regimes fiel daher keineswegs die "sozialistische" Alternative weg. Es haben sich in Europa lediglich verschiedene, jedoch auf dem gleichen, von Misstrauen geprägten Menschenbild aufgebaute Monopolssysteme vereinigt. Ob den einen die Schaffung demokratischer und gerechter Verhältnisse gelinge, den anderen deren Erneuerung und Ausbau, hängt in starkem Mass davon ab, ob dieses Menschenbild sich wandle oder ob es sich weiter verhärtete. Misstrauen verhindert Anteilnahme, gegenseitig-

gen Respekt und Unterstützung, kurz eine Haltung, die sowohl zur Verwirklichung gesellschaftlicher "Solidarität" wie auch als Voraussetzung zu demokratischer Partizipation unumgänglich ist. Einmal mehr muss daran erinnert werden, dass die bedeutendsten Vertreterinnen und Vertreter des frühen, herrschaftsfreien Sozialismus – zum Beispiel Flora Tristan, Charles Fourier, Saint-Simon, Louis Blanc, Robert Owen und andere mehr – gleichzeitig für soziale Gerechtigkeit *und* für demokratische Rechte kämpften, dass sie vor allem ein auf Vertrauen begründetes Menschenbild vertraten, das sie – stärker als alle Eigentumstheorien – vom Kapitalismus abgrenzte. Zu diesem Menschenbild gehörte der Glaube an die Bildungsfähigkeit aller Frauen und Männer, unabhängig von Herkunft und Rang, und an deren gleichen Willen und deren gleiche Befähigung zu einer friedlichen und demokratischen Aufteilung und Ausübung der Macht.

“Zu denken, wie lange der Mensch dem Menschen Angst gemacht hat“

Wir müssen uns allerdings hüten zu meinen, dass mit dem Bekenntnis zur moralischen Vernunft ein untrüglich richtiger Weg garantiert sei. Das ist nicht der Fall. Ständig besteht auch die Gefahr des Irrtums, vor allem in der Wahl der Mittel und Schritte, mit denen mehr Gerechtigkeit verwirklicht werden soll. Handeln aus moralischer Vernunft ist eine ständige Gratwanderung. Ich denke etwa an den Irrweg, den Ulrike Marie Meinhof und die anderen Frauen und Männer der deutschen und italienischen Stadtguerilla, die aus der verpflichtenden Unruhe ihres "wachen Bewusstseins" gegen soziales Unrecht ankämpfen wollten, schliesslich gingen, nachdem sie sich anfänglich aus der Solidarisierung mit den machtlosen Einzelnen, mit den chancenlosen Marginalisierten, mit dem Trikont zum Kampf gegen die machtausübende Herrschaft entschlossen hatten. War es, dass sie auf die kleinen Schritte verzichteten? Dass sie Allmachträumen der Veränderung anhängen? Dass sie die Dialektik von Macht und Ohnmacht nicht aushielten? Dass nur noch Ungeduld und Zorn sie antrieben und nicht mehr die Kraft der Hoffnung, ihre Nah- und Fernziele trotz der Repression durch die Staatsgewalt allmählich zu erreichen?

Im Zusammenhang der politischen Vernunft gibt es den Begriff der Hoffnung nicht. An dessen Stelle stehen Berechnung, Absicherung und Angst. Ein auf Misstrauen gegründetes Menschenbild machen Berechnung und Absicherung nötig und lassen die Angst zum unvermeidlichen Regulativ des Handelns werden. "Zu denken, wie lange der Mensch dem Menschen Angst gemacht hat", schrieb der Dichter Paul Eluard Anfang der fünfziger Jahre, als die Schrecken des Zweiten Weltkriegs noch nicht verblasst waren und schon wieder ein neuer Krieg, der Korea-Krieg, als "unvermeidlich" erklärt wurde, mit der lähmenden Bedrohung eines daraus entstehenden nuklearen Weltkriegs.

Angst ist das repressivste Herrschaftsinstrument überhaupt. Angst zwingt zur Konformität mit den Regeln des Misstrauens, der Berechnung und Absicherung, Angst verhindert alle Schritte zu mehr Freiheit, zu mehr Autono-

mie und damit zu sozialem Fortschritt. Angst führt letztlich in die Barbarei. Zur Zeit des europaweit erstarkenden Faschismus und Nationalsozialismus schrieb Walter Benjamin, selbst als Flüchtling in Paris, dass "die Tradition der Unterdrückten uns darüber belehre, dass der Ausnahmezustand, in dem wir leben, die Regel" sei. Der Satz stimmt heute nicht weniger als damals. Die "Regel", die er meinte, ist das durch Misstrauen geprägte Menschenbild, das die von der politischen Vernunft geprägte Machtpolitik bestimmt.

Die Ausnahme im herrschenden "Ausnahmezustand"?

Wer eine Ausnahme im herrschenden "Ausnahmezustand" verwirklichen will, kann nicht anders, als gegen die Angst aufstehen und anstelle des misstrauensbestimmten Menschenbildes ein auf Vertrauen gegründetes und von Hoffnung genährtes Menschenbild vertreten und verwirklichen, im Denken, im Urteilen, im Stellungbeziehen, im Handeln. Kann nicht anders, als "furchtlos gegenwärtig sein", wie zum Beispiel die Frauen von Palermo, die dieses Motto wählten, als sie vor bald zehn Jahren beschlossen; gegen das Diktat der Angst und der Gewalt der Mafia aufzustehen und seither nicht mehr klein beigeben. Damals haben sie begonnen, ihre Gefühle der Ohnmacht, der Wut und der Trauer in Furchtlosigkeit umzuwandeln, um so die Regeln der stummen Zustimmung zur Gewalt, die Regeln des Duldens, der Zurückhaltung und der Unterordnung zu brechen. Seither schweigen sie nicht länger zu Verbrechen, deren Opfer sie einzeln oder gesamthaft waren und sind, sie und ihre Kinder, sie klagen öffentlich die Verbrecher an und fordern Gerechtigkeit. Sie beugen sich nicht länger unter das mafiose "System", das mit den Mitteln der Einschüchterung, der Gewalt und der Angst allein die Macht der Mächtigen vergrößert, sondern sie benützen ihre bisherige Ohnmacht als eine Gegenmacht, um mit den Mitteln der politischen Partizipation, der Rede- und Wahlfreiheit, die Öffentlichkeit zu verändern und zu erneuern. Sie beanspruchen als Frauen die Rechte, die ihnen von Gesetzes wegen zustehen, auch wenn dieser Anspruch über Generationen hinweg unterdrückt wurde.

Man kann einwenden, dass in den zehn Jahren, seit die palermitanischen Frauen ihre ersten Aktionen begonnen haben, Unrecht und mafiose Gewalt nicht geringer geworden seien. Aber das Bewusstsein um die Normen und um den gelebten Alltag einer gerechteren Gesellschaft hat sich verändert. Bis das Bewusstsein auch die Realität verändert, in kleinen Schritten, braucht es mehr Zeit. Die Bedeutung dieser kleinen Schritte ist allerdings unübersehbar, die Bedeutung dieser sizilianischen Frauenbewegung, die ohne utopische Traumflüge und ohne aufgebauschte Deklarationen eine Bewegung der Solidarität im ursprünglichen Sinn wurde, in Hinblick auf ein – ideologisch und politisch schwer missbrauchtes – Ziel: in Hinblick auf die Schaffung einer angstfreien und gerechteren Gesellschaft.

Ich denke, dass das Motto "Furchtlos gegenwärtig sein" ins Leitbild des SAH übernommen werden sollte, dass die Arbeit der drei Abteilungen mit der Vielzahl an Projekten im Inland, im Ausland und in der Flüchtlingshilfe

von diesem Motto geprägt sein sollte; diese ganz konkrete Arbeit, die sich aus kleinen Schritten zusammensetzt, mit denen sozial Benachteiligte und politisch Unterdrückte befähigt werden sollen, Chancen zur Veränderung ihrer Situation selbst wahrzunehmen und zu verwirklichen, möglichst nicht nur im Sinn einer augenblicklichen Linderung ihres Leidens, sondern im Sinn einer langfristigen Verbesserung.

Rechte und Rechtlosigkeit der "Fremden"

Der derzeit heikelste und konfliktreichste der drei Arbeitsbereiche des SAH scheint mir derjenige der Flüchtlingshilfe zu sein. Hier besteht die grösste Gefahr, entweder einseitig das "gute Herz" sprechen zu lassen oder sich durch die Handlungskriterien der politischen Vernunft, derjenigen, die "Ruhe und Ordnung" als höchste Werte propagieren, beeinflussen zu lassen. Angesichts der Millionen von Menschen, die weltweit unterwegs sind, auf der Flucht vor Hunger, Elend und politischer oder rassistischer Verfolgung, ist es gewiss von unaufschiebbarer und grösster Dringlichkeit, an der Verbesserung der Lebensgrundlagen und der Lebensaussichten in den Herkunftsländern mitzuarbeiten. Dazu leistet die Auslandabteilung des SAH ihren Teil, zum Beispiel in Nicaragua, in San Salvador, in Bolivien, in Mozambique, in Burkina Faso, in Rumänien.

Aber auch hier in der Schweiz, wo ein kleiner Bruchteil der Entwurzelten und Flüchtenden anklopft – nach offiziellen Kriterien aber zu viele für unser Land – wäre es möglich, trotz aller verordneten Einschränkungen und trotz aller Vorschriften, mehr als nur Nothilfe zu leisten. Doch ich erlaube mir zu fragen, ob das SAH tatsächlich "mehr" tut, ob es als Hilfswerk, das sich auf die Furchtlosigkeit und auf die moralische Vernunft beruft, es nicht allzu zaghaft bei "Schrittlein" bewenden lässt. Ob es sich nicht mehr einfallen lassen müsste, um die Angst in unserer Bevölkerung vor den "Fremden" abzubauen.

Menschen werden ja allein in Begriffen politischer Vernunft und Herrschaft zu "Fremden" gemacht, in unterschiedlichem und willkürlich wechselndem Mass. Es sind nationale Verordnungen und Gesetzgebungen, die bestimmen, welche Menschen welchem Territorium zugehörig sind oder nicht, das heisst, ob sie sich auf Rechte berufen dürfen oder nicht. Schon 1955 schrieb Hannah Arendt in ihrem grossen Werk "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft", dass vom Augenblick an, wo Menschen sich nicht mehr des Schutzes einer Regierung erfreuen, wo sie keine Staatsbürgerrechte mehr geniessen, ihnen niemand mehr auch ihre – grundsätzlich unveräusserlichen – Rechte als Menschen garantiere. Sie verwies auf das Paradox, dass die Menschenrechte zwar den nationalen Rechten übergeordnet seien, dass sie jedoch nur im Rahmen der nationalen Rechte, der Bürgerrechte, geschützt würden, und dass daher die Entwurzelten, die als Flüchtlinge unterwegs sind und in einem fremden Land um Asyl und um Arbeit nachsuchen, sich völlig vergeblich auf ihre Menschenrechte berufen. Durch den Verlust der Heimat und ihrer nationalen Rechte sind sie aller Rechte, de

facto selbst der Menschenrechte, verlustig gegangen. Hannah Arendt machte unmissverständlich deutlich, dass der von Hitler geprägte totalitäre Rechtsgrundsatz "Recht ist, was dem deutschen Volk nützt" nur die "vulgarisierte Form einer Rechtsauffassung" sei, die überhaupt gelte (das heisst, die jeder Nationalstaat für sich beanspruche) und die "sich praktisch nur so lange nicht auswirkt, als ältere Traditionen, die in den Verfassungen noch wirksam sind, dies verhindern." Sie wies nach, dass sobald alle anderen gesellschaftlichen und politischen Qualitäten verlorengegangen seien, aus dem blossen Menschsein sich keine Rechte mehr ableiten lassen.

Heute sind wir nicht viel weiter als vor vierzig Jahren. Zwar gibt es den Internationalen Gerichtshof in Strassburg, bei dem Menschenrechtsverletzungen auch von Asylsuchenden und Flüchtlingen eingeklagt werden können, auch wenn dies selten getan wird. Und es gibt auch bei uns ein Asylgesetz, das Rückweisungen von an Leib und Leben bedrohten Asylsuchenden in ihr Heimatland verhindern sollte. Der Status des sogenannten "Gewaltflüchtlings" wird darin so definiert, dass dessen Sicherheit bei uns gewährleistet sein sollte. Trotzdem finden unverantwortbare Rückschaffungen immer noch statt. Es ist im neuen Asylgesetz auch eine unabhängige Rekurskommission als Beschwerdeinstanz vorgesehen, bei der Asylsuchende Klage einreichen könnten, falls ihnen Unrecht geschieht. Diese Rekurskommission gibt es jedoch nur auf dem Papier.

Warum nehmen wir es hin, dass diese Asylrechtsverbesserungen nicht realisiert werden? Warum sind wir zaghaft statt furchtlos? Müssten wir nicht die anderen Hilfswerke und unsere Gesinnungsgenossinnen und -genossen davon überzeugen, dass in der Bevölkerung durch breite Aufklärungsarbeit ein Konsens geschaffen werde, dass dieses Rechtsprovisorium eine Unrechtssituation ist, die sich nicht nur gegen die Asylsuchenden richtet, sondern die auch den humanitären Prinzipien, auf die sich schweizerische Aussenpolitik ständig beruft, widerspricht? Müssten wir nicht eine Initiative lancieren, die die dringende Verwirklichung dieser Gesetzesvorhaben zum Inhalt hat? Die überdies eine Lösung der zwiespältigen arbeitsrechtlichen Verhältnisse der Asylsuchenden anstreben würde?

1955 schrieb Hannah Arendt auch, dass die ständig wachsende Zahl der Flüchtlinge in aller Welt, die aus der menschlichen Gemeinschaft ausgeschlossen seien, unsere Zivilisation und politische Welt in ähnlicher und vielleicht noch unheimlicherer Weise bedrohe wie einst barbarische Völker oder Naturkatastrophen, nur dass diesmal nicht diese oder jene Zivilisation auf dem Spiel stehe, sondern die Zivilisation der ganzen Menschheit. "Es ist", schliesst sie, "als ob eine globale, durchgängig verwebte zivilisatorische Welt Barbaren aus sich selbst heraus produzierte, indem sie in einem inneren Zersetzungsprozess ungezählte Millionen von Menschen in Lebensumstände stösst, die essentiell die gleichen sind wie die wilder Volksstämme oder ausserhalb der Zivilisation lebender Barbaren". Heute sind wir in den reichen Industrienationen soweit, auch wenn wir statt von "Barbaren" eher von "out-laws" sprechen sollten, werden doch die Flüchtenden wie "out-laws" hinter Stacheldrahtzäunen in "Sammelagern" interniert, bis sie wieder dahin

abgeschoben werden, wo sie herkamen und wo sie – ebenfalls nicht – zu leben vermögen.

Was haben wir in der Hand?

Die Frage steht im Raum, wie wir handeln sollen. Ich denke, dass es, im Gegensatz zu Adornos Einwand, weder töricht noch naiv ist, mit Vorschlägen hervortreten, wie es besser zu machen sei. Ich finde es im Gegenteil töricht, die verändernde Kraft der moralischen Vernunft zu vergessen und in die allgemeine Hilflosigkeit einzustimmen, die von der fremdenfeindlichen Politik auf perfide Weise genutzt wird.

Unsere Arbeit, wo immer wir sie leisten, hat eine öffentliche Wirkung. Wir haben es in der Hand, Tag für Tag, gegen die allgegenwärtige Angst etwas zu tun, durch die Art und Weise, wie wir arbeiten, wie wir mit den Machtlosen und mit den Mächtigen umgehen, wie wir mit unserer Stimme Wahlen, Abstimmungen und Gesetzgebungen beeinflussen, wie wir die demokratischen Möglichkeiten benützen, um nicht nur öffentliche Stimmungsänderungen, sondern Gesetzesveränderungen zu bewirken. Gerade der Inlandabteilung des SAH, scheint mir, kommt diesbezüglich Vorbildfunktion zu. Diejenigen unter uns, die in kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Gremien sind, haben zusätzliche Möglichkeiten, für den Abbau von Angst zu wirken und für die Ausarbeitung, den Ausbau und die Umsetzung von Gesetzen, die den Rechtsstatus der Asylsuchenden verbessern und die sowohl auf nationaler Ebene wie auch weltweit die Menschenrechte tatsächlich garantieren, insbesondere das Recht auf eine selbst gewählte Art und Weise der Erfüllung der Grundbedürfnisse des Lebens: auf Bildung, auf politische Freiheit, auf die eigene Religion und Sprache, auf Arbeit, auf ein Dach über dem Kopf, auf fachkundige Hilfe bei körperlichem und seelischem Leiden, auf Stillung des Hungers, auf ein sicheres Aufwachsen der Kinder, auf Glück – unabhängig von Heimat oder Fremde.

Dafür, denke ich, lohnt es sich, mehr als das "gute Herz" einzusetzen, auch unseren furchtlosen Entschluss, es nicht allen recht machen zu wollen, sondern, wenn nötig, anzuecken und Aergernis zu erregen. Kurz, die ganze Kraft der moralischen Vernunft lohnt es sich einzusetzen, in der grossen Linie und in den einzelnen Schritten, ob wir uns als Hilfswerk oder als Einzelne verantwortlich fühlen.

* Dieser Text, ein überarbeitetes Referat, das an der Jahresversammlung des SAH Juli 1991 gehalten wurde, erscheint auch als Sonderdruck der 'SAH - Solidarität' in Zürich.

Literatur

Theodor W. Adorno. Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft. Edition Suhrkamp. Frankfurt a.M. 1971.

- Hannah Arendt. Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1962.
- Walter Benjamin. Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1965.
- Paul Eluard – Pablo Picasso. Das Antlitz des Friedens. Insel Verlag, Frankfurt a.M. 1988.
- Regina Kägi-Fuchsmann. Das gute Herz allein genügt nicht. Verlag Ex Libris, Zürich 1968.
- Rosa Luxemburg. Briefe an Freunde. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1950.
- Rosa Luxemburg. Politische Schriften. Athenäum Verlag, Frankfurt a.M. 1987.
- Simone Weil. Unterdrückung und Freiheit. Verlag Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, Frankfurt a.M. 1987.
- Ulrike Marie Meinhof. Bambule. Fürsorge – Sorge für wen? Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1987.
- Ulrike Marie Meinhof. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Aufsätze und Polemiken. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1986.

Hans Schäppi

Der Angriff der neoliberalen Ordnungspolitik

Bemerkungen zu neuen Programmschriften für die schweizerische Wirtschaftspolitik von Leutwiler, Schmidheiny, Borner et al.

Der weltweite Kriseneinbruch in der Mitte der siebziger Jahre bildet den Auftakt zur Krise des "Fordismus", eines Modells der Politik und der Wirtschaft in den westlichen Industrieländern, welches nicht nur Vollbeschäftigung, sondern auch die Ausweitung des Sozialstaates und der liberalen und sozialen Demokratie zum Inhalt hatte. Mit dem Beginn einer Massenarbeitslosigkeit geriet der Wohlfahrtsstaat in einzelnen Ländern rasch in die Krise. Begleitet war dieser Umbruch in kapitalistischen Zentren von einer katastrophalen Entwicklung in der Dritten Welt, welche mit den Stichworten wachsende Aussenverschuldung, Desindustrialisierung, Verarmung und Verelendung angedeutet werden kann. Ebenso erfasste die strukturelle Krise der Weltwirtschaft in ihrer Weise auch die sogenannten realsozialistischen Länder mit den bekannten politischen Auswirkungen am Ende der achtziger Jahre und ihren ökonomischen und sozialen Folgen.

In der Schweiz blieben – entgegen den Erwartungen – sowohl während der Krise der siebziger Jahre als auch während den achtziger Jahren die vertraglichen Beziehungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, die sog. "Sozialpartnerschaft", sowie die politische Konkordanz erstaunlich stabil; dies im Gegensatz vor allem zu den angelsächsischen Ländern. Im Gegenteil konnten die Vertrags- und Arbeitsbeziehungen in den siebziger Jahren sogar ausgebaut und institutionalisiert werden, während für die achtziger Jahre von einer Phase des politischen und sozialen Patts gesprochen werden kann. Seit einiger Zeit haben sich nun allerdings die Anzeichen